

Inhaltsverzeichnis

3 Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

4 Die Strategie der Bundesregierung: Mit mehr Chancen für Innovationen

Bettina Stark-Watzinger MdB
*Bundesministerin
für Bildung und Forschung*

6 Mit Wettbewerb und Innovationen zu Wohlstand – was ist zu tun?

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld
*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Sprecher des Kronberger Kreises*

Dr. Melanie Maas-Brunner
*Mitglied des Vorstands und
Chief Technology Officer (CTO) der BASF SE*

9 Podiumsdiskussion: Wie erreichen wir mehr Innovation in Deutschland?

Maik Außendorf MdB
*Digitalpolitischer Sprecher,
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*

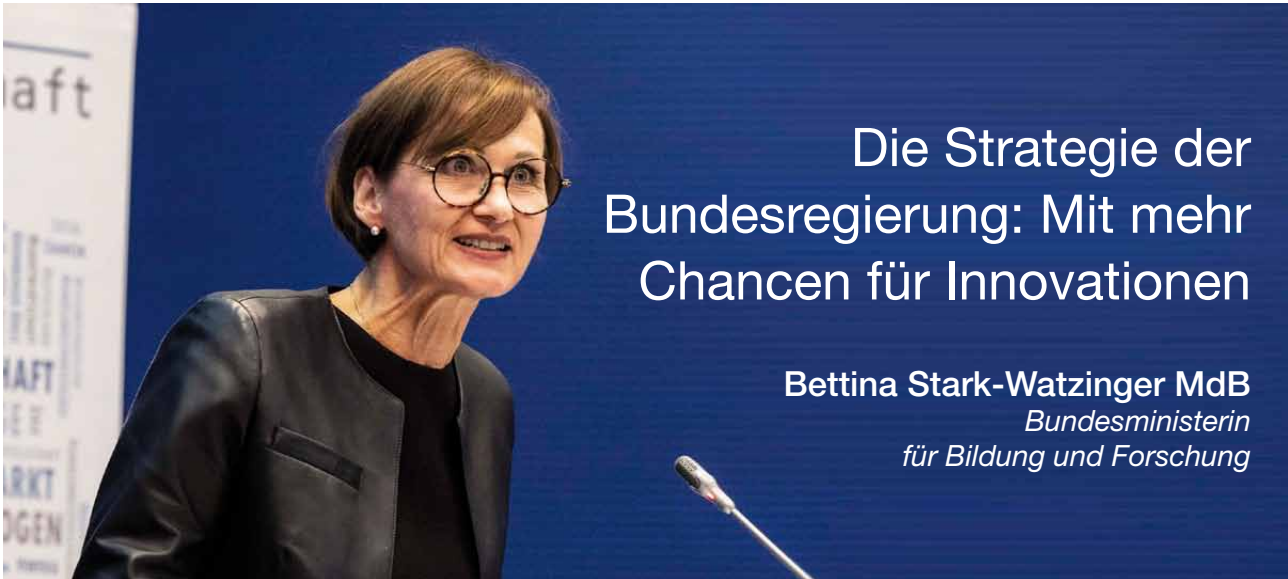
Finn Age Hänsel
*Founder und CEO Sanity Group,
Vorstandsmitglied im Bundesverband Deutscher
Start-Ups, „Gründer des Jahres 2021“*

Nadine Schön MdB
*Stellvertretende Vorsitzende
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

Moderation der Veranstaltung

Tanja Samrotzki





Die Strategie der Bundesregierung: Mit mehr Chancen für Innovationen

Bettina Stark-Watzinger MdB
*Bundesministerin
für Bildung und Forschung*

Häufig werde das Bild von Innovationen als Königsweg zur Wohlstandssicherung laut Bettina Stark-Watzinger MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung, mit einem linearen Verlauf mit scheinbar unbegrenzten Ressourcen verbunden. „In der Praxis sieht das jedoch ganz anders aus. Wir erreichen Innovationen nicht auf bequemen Pfaden. Stattdessen müssen bei begrenzten Ressourcen immer wieder neue Wege gegangen und Umwege überwunden werden“, stellt die Ministerin klar. Auch werde der Königsweg nicht von einem Alleinherrscher, sondern einer Vielzahl gut miteinander vernetzter Köpfe beschritten. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen gestalte sich die derzeitige Wetterlage jedoch alles andere als heiter. „Der Krieg in der Ukraine hat in erschreckender Weise unsere Fragilität in vielen Bereichen offengelegt, insbesondere in der Energieversorgung“, hebt Stark-Watzinger hervor. Vor diesem Hintergrund werde ein Staat gebraucht, der solide aufgestellt sei und auf eine starke Wirtschaft bauen könne, um über die Mittel und Möglichkeiten zu verfügen, die zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen notwendig seien.

„Auch ohne die aktuelle Krise wäre der Modernisierungsbedarf in Deutschland hoch, da die Erfolgsfaktoren der letzten Jahrzehnte zunehmend weniger Gewicht haben“, gibt die Ministerin zu bedenken. „Unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell hat uns zu Globalisierungsgewinnern gemacht und einen hohen sozialen Fortschritt ermöglicht. Aber wir können uns nicht auf der Vergangenheit ausruhen und der Dauerkrisenzustand darf die Gegenwart nicht gegen die Zukunft ausspielen“, führt Stark-Watzinger weiter aus. Dies gelte einerseits für konsumorientierte Krisenmaßnahmen des Staates, die mit einer Doppelbelastung in Form höherer künftiger Steuern und einer Verringerung verfügbarer Mittel für Zukunftsinvestitionen einhergingen. Gleichzeitig induziere die Kombination aus Klimawandel, digitaler Transformation und demografischen Umbrüchen

disruptive Veränderungen, von denen mittlerweile die gesamte Wirtschaft betroffen sei. Selten hätten so viele Herausforderungen auf einmal bewältigt werden müssen wie aktuell.

„Nichtsdestotrotz ist die Krise auch eine Chance für Fortschritt und Transformation“, zeigt sich die Ministerin überzeugt. Dazu müssten wir den Anspruch haben, in den Schlüsseltechnologien, wie der Künstlichen Intelligenz, der Quanten- oder der Biotechnologie wieder zu den Spitzenreitern zu gehören. Die hierzu erforderliche technologische Souveränität ließe sich nur im Zusammenspiel mit der Wissenschaft erlangen. Der Schwerpunkt der Wissenschaft dürfe dabei nicht auf dem „alten“ Neuen liegen, das sich aus bekannten Problemen und Lösungen ergebe, sondern auf dem „neuen“ Neuen und damit auf der Erweiterung wissenschaftlicher Möglichkeiten.

Der zuletzt häufig verwendete Begriff „Wende“ erweise sich aus Sicht der Ministerin als problematisch, da „er eine Rückbesinnung auf alte Muster impliziert. Aber mit alten Antworten lassen sich die aktuellen Herausforderungen nicht bewältigen. Deshalb müssen neue Antworten gefunden werden.“ Mithilfe zweier Instrumente ziele die Bundesregierung darauf ab, den Innovationsweg und die Suche nach neuen Antworten zu erleichtern. Dazu zählten die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SprinD) und die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI). SprinD stelle maßgeschneiderte Unterstützung für die Entwicklung mutiger und risikoreicher Ideen zur Verfügung. DATI solle den Transfer von Forschungsergebnissen aus der Wissenschaft in die Wirtschaft und Zivilgesellschaft vorantreiben. Davon profitierten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die einen unterdurchschnittlichen Zugang zu Wissenschaftsnetzwerken aufwiesen. Die Förderung durch DATI sei von der Beantragung bis zur Bewilligung agil und unbürokratisch ausgestaltet. „Die DATI ist kein bürokratischer Tanker, sondern eine schlanke Fregatte

mit kleinem Cockpit“, betont Stark-Watzinger. Nur wenn es gelinge, die besten Ideen umzusetzen, werde Deutschland als Innovationsstandort vorangebracht. Dazu müssten neue und wachstumsstarke Zukunftstechnologien gefördert werden. Die meisten Sprunginnovationen hätten ihren Ursprung in forschungsstarken Universitäten und in der Grundlagenforschung, die als Basis für Innovationspipelines dienen. „Deshalb müssen wir unsere Universitäten dazu befähigen, Geburtshelfer von Ausgründungen zu werden“, fordert die Ministerin. Auf diesem Weg ließen sich Synergien zwischen der akademischen und der unternehmerischen Welt nutzen.

Darüber hinaus sei es entscheidend, neue Technologien nicht ideologisch zu zerreden. So sei „Technologieoffenheit statt Silodenken“ gefragt, was erfordere, dass keine einseitige technologische Ausrichtung vorgenommen werde. „Wir trauen uns in Deutschland oftmals nicht, neue Technologien zu erschließen, weil zu häufig die Risiken im Vordergrund stehen“, gibt Stark-Watzinger zu bedenken. Auch deshalb finde heute ein Großteil der Innovationsdynamik in den USA, Großbritannien und China statt. Dies berge die Gefahr, dass Deutschland den Anschluss an die Weltspitze verliere und lediglich als Konsument neuer Technologien auftrete. Auch in der Werteauseinandersetzung mit China sei dieser Umstand zu berücksichtigen. Auf globaler Ebene ließen sich Standards nur dann durchsetzen, wenn gleichzeitig eine Forschungs- und Innovationsführerschaft in wichtigen Technologien bestehe.

Mit Blick auf die Energiepolitik sei es infolge des Ukraine-Kriegs zu einer Zäsur gekommen. „Es steht außer Frage, dass der Klimawandel effektiv bekämpft werden muss. Jetzt ist jedoch ein deutlich schnellerer Transformationsprozess erforderlich“, unterstreicht die Ministerin. Zur Verringerung von Abhängigkeiten im Energiesektor sei der Ausbau erneuerbarer Energien ein zentraler Faktor. Dazu

würden Planungs- und Genehmigungsverfahren, zum Beispiel für Offshore-Projekte, erheblich vereinfacht. Zusätzlich spiele die Erschließung der Wasserstofftechnologie eine entscheidende Rolle. „Wenn wir als Industrienation bestehen und gleichzeitig unsere Klimaziele erreichen wollen, muss die Wasserstofftechnologie schnell zur Marktreife gebracht werden“, macht die Ministerin deutlich. Die Förderung einer Technologie impliziere aber nicht, dass andere Technologien ausgeschlossen würden oder unberücksichtigt blieben.

Eine weitere Herausforderung stelle der Fachkräftemangel dar. Angesichts einer wachsenden Zahl unbesetzter Stellen würden zur Entwicklung von Innovationen und marktfähigen Produkten dringend Fachkräfte benötigt. Vor diesem Hintergrund plane die Bundesregierung eine Fachkräftestrategie, um junge Menschen hierzulande bestmöglich auszubilden und die Abbrecherquoten an Schulen zu verringern. Dazu brauche es neben der akademischen eine angemessene Förderung der beruflichen Ausbildung, wozu eine Exzellenz-Initiative für berufliche Bildung ins Leben gerufen werden solle. Damit werde das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft gestärkt, wonach jeder in diesem Land befähigt werden solle, seinen Lebensweg selbstständig gehen zu können. Zusätzlich brauche es eine bedarfsorientierte Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland. Dies gelte sowohl für den akademischen als auch für den Fachkräftebereich. „Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen bürokratische Hürden gesenkt werden, damit wir attraktiver für talentierte Menschen werden, die mit Kreativität und Leistungsbereitschaft unser Land weiterentwickeln wollen“, betont die Ministerin.

Es bleibe laut Stark-Watzinger somit festzuhalten, dass es keinen beschaulichen Königsweg gebe: „Deshalb lautet unsere Antwort auf disruptive Krisen: Disruptive Innovationen.“



Mit Wettbewerb und Innovationen zu Wohlstand – was ist zu tun?



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld
*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Sprecher des Kronberger Kreises*

„Die Annahme, dass Wettbewerb automatisch zu Innovationen führt, greift zu kurz“, erläutert Prof. Dr. Dr. Lars P. Feld, Sprecher des Kronberger Kreises und Direktor des Walter Eucken Instituts. Zwar trage in einem wettbewerblichen Wirtschaftssystem der vorherrschende Wettbewerbsdruck grundsätzlich dazu bei, dass Unternehmen neue Produkte und Prozesse entwickelten und bereits vorhandene verbesserten, um sich am Markt zu behaupten. Allerdings könnten positive externe Effekte im Zeitverlauf zu einem Verlust des erlangten Wettbewerbsvorteils führen, wenn andere Marktteilnehmer die neuen Geschäftsmodelle kopierten, anstatt eigene Innovationen zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund lasse das Patentrecht zum Schutz des geistigen Eigentums vorübergehend Monopole zu. Insbesondere in der Grundlagenforschung sei der positive externe Effekt stark ausgeprägt, sodass hier eine staatliche Förderung notwendig erscheine.

Zuletzt hätten industriepolitische Initiativen verstärkt Unterstützung gefunden, die auf eine Förderung bestimmter Technologien oder Industriezweige abzielten und dabei eine vorab definierte Mission verfolgten. „Der missionsorientierte Ansatz ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, da er ein latentes Risiko von Wissensanmaßung und zugleich eine große Anfälligkeit für Lobbying hervorbringt“, gibt Feld zu bedenken. Zur Begründung einer Missionsorientierung werde oftmals auf die DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) verwiesen, die in den USA seit einigen Jahrzehnten Forschungsprojekte für militärische Zwecke vorantreibe. Für die Landesverteidigung, die ein öffentliches Gut darstelle, erweise sich die missionsorientierte Technologieförderung als angemessen. Der Ansatz lasse sich jedoch nicht ohne

Weiteres auf andere staatliche Handlungsfelder übertragen.

Aus Felds Sicht sollten drei Bedingungen erfüllt sein, damit Innovationspolitik zielführend sei: Erstens müsse eine möglichst umfassende Technologieoffenheit bei der Ausgestaltung der Förderinstrumente gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang stelle beispielsweise die Förderung der Elektromobilität eine industriepolitische Entscheidung dar, die nicht technologieoffen sei. Zweitens sollte sichergestellt werden, dass der Ansatz nicht zu Beliebigkeit führe. Drittens müsse eine regelmäßige Evaluation der Förderprogramme vorgenommen werden, um Fehlallokationen zu vermeiden.

Die grundlegende Struktur der Innovationslandschaft sei hierzulande – trotz einiger Probleme – jedoch nicht so schlecht, wie teilweise angenommen werde. „Wir haben mit renommierten Forschungseinrichtungen sowie der Exzellenzinitiative des Bundes umfassende Forschungsleistungen im Grundlagen- und Anwendungsbereich“, hebt Feld hervor. Auch die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung setze wichtige Impulse. Hinzu kämen verschiedene Förderinstrumente sowie die umfangreiche Finanzierung von Universitäten und Hochschulen auf Landesebene. Insgesamt sei Deutschland bei der Transformation von Geld in Wissen im internationalen Vergleich gut aufgestellt, was sich unter anderem in der Anzahl angemeldeter Patente widerspiegeln würde.

Bei der Transformation von Wissen in Geld, also der Weiterentwicklung von Innovationen zu marktfähigen Produkten, liege Deutschland im internationalen Vergleich allerdings zurück. Dies treffe in erster Linie auf Start-ups und digitale Technologiefelder zu, während etablierte Unterneh-

men in traditionellen Industriezweigen besser abschneiden. Die steuerliche Forschungsförderung stelle ein mögliches Instrument zur Verbesserung des Transformationsprozesses von Wissen in Geld dar und könne entweder an der Output- oder der Inputförderung ansetzen. Für die Innovationstätigkeit seien aber vor allem die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen entscheidend: „In Deutschland ist die Regulierungsintensität so hoch, dass Innovationen teilweise nicht mehr zustande kommen und die Unternehmen ihre Investitionen stattdessen in andere Länder verlagern“, warnt Feld eindringlich. Dies gelte beispielsweise für die Gentechnik, wo bestehende Vorschriften so restriktiv seien, dass Investitionen vorzugsweise in die USA verlagert werden würden.

Auch bei Unternehmensgründungen bestünden in Deutschland erhebliche bürokratische Hürden. Wollte jemand in der „heimischen Garage“ eine unternehmerische Idee entwickeln, gebe es hierzulande – im Gegensatz zu den USA – in erster Linie Konflikte mit Aufsichtsbehörden. Darüber hinaus bestehe im Bereich der Unternehmensbesteuerung, angesichts der verschlechterten Wettbewerbsposition Deutschlands, dringender Handlungsbedarf. Der Kronberger Kreis habe dazu in der Vergangenheit bereits konkrete Vorschläge unterbreitet, wie sich eine gemäßigte

Besteuerung für Unternehmen erzielen ließe.

„Bei Unternehmensgründungen stellen Lücken auf der Finanzierungsseite ein großes Hemmnis dar“, konstatiert Feld. Die Fokussierung der Fördermaßnahmen auf die Seed-Phase sei nicht ausreichend. Vielmehr müssten die Finanzierungsbedingungen auch in der Wachstumsphase der Unternehmen spürbar verbessert werden, damit diese Marktreife erlangen könnten. Die DEBRA (Debt Equity Bias Reduction Allowance)-Initiative auf europäischer Ebene zielen auf eine Verbesserung des Finanzierungsumfelds ab, indem eine Gleichsetzung von Eigen- und Fremdkapitalfinanzierung vorgesehen sei. Trotz Nachbesserungsbedarfs gehe die Initiative in die richtige Richtung, zeigt sich Feld überzeugt.

Bezugnehmend auf die aktuellen Herausforderungen stellt Feld fest, dass „die bisherige energiepolitische Linie nicht mehr tragfähig ist.“ Dies sei darauf zurückzuführen, dass Gas infolge des Ukraine-Kriegs nicht wie im geplanten Umfang als Brückentechnologie zur Verfügung stehe. Vor diesem Hintergrund sollten nicht nur die drei verbliebenen Atomkraftwerke weiter am Netz bleiben, sondern auch die drei zuletzt abgeschalteten Atomkraftwerke für mehrere Jahre wieder ans Netz genommen werden, um Entlastungen auf dem Strommarkt zu erzielen.



Dr. Melanie Maas-Brunner
Mitglied des Vorstands und
Chief Technology Officer (CTO) der BASF SE

„Wir befinden uns in einer beispiellosen Krise, die sich zu einer der stärksten Rezessionen seit dem Zweiten Weltkrieg entwickeln könnte“, warnt Melanie Maas-Brunner, Mitglied des Vorstands und Chief Technology Officer (CTO) der BASF SE. Der ursprünglich über mehrere Dekaden angedachte Strukturwandel der deutschen Wirtschaft müsse nun deutlich schneller erfolgen, wodurch das Risiko von ungeplanten Strukturbrüchen und Verwerfungen zunehme. Diese Problematik gelte in erster Linie für die Umsetzung der Energiewende sowie die Dekarbonisierung und Digita-

lisierung der Wirtschaft. Die BASF sei davon als energieintensives Unternehmen in besonderer Weise betroffen. „Der daraus resultierende Anpassungsdruck lässt sich nur durch Innovationen und eine wettbewerbsfähige Industrie bewältigen“, zeigt sich Maas-Brunner überzeugt.

Vor diesem Hintergrund bestünden aus Sicht der Industrie verschiedene Ansatzpunkte, über die eine Verbesserung des Innovationsumfelds erzielt werden könnte. Hierzu müssten die Kräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zielgerichteter gebündelt werden, da sich nur

gemeinsam disruptive Innovationen entwickeln ließen. Ein „Klein-Klein“ und unkoordiniertes Vorgehen verschiedener Akteure sei hingegen nicht hilfreich. Als wichtiges Instrument zur Erprobung von Innovationen hätten sich Reallabore bewährt, die es den Innovatoren in einem geschützten Raum ermöglichen, unterschiedliche Umweltbedingungen zu simulieren und Produktentwicklungen vorzunehmen. Aus Sicht Maas-Brunners wäre es wünschenswert, wenn der Einsatz von Reallaboren auch für die Chemieindustrie erleichtert werden würde.

„Aufgrund der Dramatik der Krise ist die langsame Taktung bei der Umsetzung der Energiewende nicht mehr angemessen. Es braucht eine erhebliche Beschleunigung“, fordert Maas-Brunner. Dies gelte insbesondere für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Durchführung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. So sei es beispielsweise ein Problem, dass Windpark-Projekte der BASF an der deutschen Nordseeküste mit langjährigen Genehmigungsverfahren verbunden seien, die bis zu acht Jahre in Anspruch nehmen würden, während das Projekt an der niederländischen Küste fast vollendet sei. Zudem fehle meist noch die Infrastruktur, die gebraucht werde, um den Strom von den Küsten zu den Produktionsstandorten im Landesinneren zu befördern. Auch bei Klimatechnologien gebe es in Deutschland, beispielsweise im Bereich der Wasserstoffwirtschaft, einen hohen Nachholbedarf. Zur Generierung der notwendigen Investitionen infolge der „grünen“ Transformation seien die Unternehmen auf umfassende und zugleich technologieoffene Anreize angewiesen.

„Bei der Digitalisierung unseres Landes ist eine viel ambitioniertere Vorgehensweise gefragt“, konstatiert Maas-Brunner. Die Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung gehe in die richtige Richtung, allerdings bestehe aufgrund einer fragmentierten Umsetzung noch Verbesserungspotential. Zur Realisierung der digitalen Transformation werde insgesamt eine langfristige und verlässliche Strategie benötigt, die durch ein Digitalbudget untermauert werden sollte. „Daten sind das Öl des digitalen Zeitalters“, hebt Maas-Brunner hervor. Dies erfordere in Deutschland, auch in Hinblick auf einen zunehmenden Rückstand auf die Weltspitze, einen konsequenteren Aufbau von Dateninfrastrukturen und Vernetzungsmöglichkeiten. Insbesondere das Teilen von Daten stelle sich als essenziell für die Umsetzung digitaler Innovationen heraus. Der DataAct, der dieses Jahr von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde, greife diesen Aspekt auf und zielen auf eine Vereinfachung des Datenaustauschs ab. Er sei in der vorliegenden Fassung aber noch zu kompliziert. Die digitale Transformation bringe zudem wichtige Zukunftstechnologien – wie das Quantencomputing – hervor, die viele industrielle Prozesse vereinfachen könnten. Zur effektiven Nutzung dieser Technologien müssten hierzulande aber oft noch die erforderlichen Netzwerke und Infrastrukturen geschaffen werden.

Aus unternehmerischer Sicht stelle auch die Ausgestaltung des allgemeinen Regulierungsrahmens einen zentralen

Faktor des Innovationsumfelds dar. In diesem Zusammenhang sei der Green-Deal der Europäischen Union als grundsätzlich lobenswerter Ansatz hervorzuheben. In der Praxis grenze er allerdings an Überregulierung und erweise sich an einigen Stellen als kaum realisierbar. Sinnbildlich hierfür seien die über 7000 Seiten umfassenden Vorschriften, die sich teilweise widersprechen würden. Dieser Umstand habe zum Beispiel für die Halbleiterindustrie zur Folge, dass die Produktion in Europa praktisch unmöglich werde, da die Verwendung einzelner Produktionskomponenten durch regulatorische Vorschriften des Green-Deal verboten sei. „Beim Green-Deal besteht dringend Nachbesserungsbedarf, um die deutsche und europäische Wettbewerbsfähigkeit in Schlüsseltechnologien nicht zu gefährden“, warnt Maas-Brunner eindringlich.

Der Prozess der Transformation erfordere insgesamt umfassende Innovationen und Investitionen. Gleichzeitig bedürfe es aus unternehmerischer Sicht einer verlässlichen Zeitschiene, da sich die geplanten Projekte nicht von heute auf morgen umsetzen ließen und Erwartungssicherheit notwendig sei. Dazu brauche es eine richtige Taktung der Maßnahmen, sodass innovative Lösungen die gewünschten Veränderungen herbeiführen und zur Wohlstandssicherung beitragen könnten. Voraussetzung hierfür sei einmal mehr eine effektivere Kooperation zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Mit Blick auf die Zukunft zeigt sich Maas-Brunner trotz der aktuellen Krise zuversichtlich: „Die vor uns liegenden Herausforderungen lassen sich bewältigen, wenn gezielt und koordiniert gehandelt wird. Wir haben es in der Hand, die richtigen Antworten auf die aktuelle Krise zu finden.“ Deutschland verfüge über gute Grundvoraussetzungen, da einerseits das Wissen über die Technologien und andererseits gut ausgebildete Menschen vorhanden seien. Angesichts des demografischen Wandels müsse aber für eine ausreichende Fachkräftezuwanderung gesorgt werden.



Podiumsdiskussion: Wie erreichen wir mehr Innovation in Deutschland?



Finn Age Hänsel

Founder und CEO Sanity Group, Vorstandsmitglied im Bundesverband Deutscher Start-Ups, „Gründer des Jahres 2021“

Laut Finn Age Hänsel, Gründer und CEO der Sanity Group sowie Vorstandsmitglied im Bundesverband Deutscher Start-ups, gebe es zwei Wege, wie die Innovationstätigkeit in Deutschland angeregt werden könnte: Entweder nehme der Staat die Steuerung der Innovationsziele vor oder er schaffe attraktive Rahmenbedingungen für Innovationen. „Das Problem ist, wir machen heute beides nicht“, kritisiert Hänsel. Wir hätten einerseits nicht die perfekten Rahmenbedingungen für Unternehmen, über die beispielsweise Kanada oder die USA verfügten. Andererseits existierten keine gesteuerten Innovationsziele, wie in Frankreich oder China. „In Deutschland sind wir stuck in the middle, wir sind nicht mutig genug und too little, too late“, gibt Hänsel zu bedenken. Ein wesentlicher Faktor sei dabei das vorherrschende Mindset in Deutschland: „Wir scheinen von der kulturellen Veranlagung her ein Land zu sein, das verlernt hat, mutig zu handeln. Wir sind ein Land der Bedenkenträger geworden.“ So würden beispielsweise beim Thema Atomenergie – trotz berechtigter Kritikpunkte – reflexartig Bedenken in den Vordergrund gestellt. Eine ähnliche Situation habe es vor einigen Jahren beim Transrapid gegeben, dessen Umsetzung am Ende am fehlenden Mut gescheitert sei. Bei der Digitalisierung mangle es zudem an der nötigen Aufmerksamkeit in Gesellschaft und Politik.

Erschwerend käme hinzu, dass das Unternehmertum in Deutschland oft als etwas „Böses“ gesehen werde und auf gesellschaftliche Skepsis treffe. „Beim Mindset müssen wir in Deutschland deshalb eine mutige Änderung herbeiführen“, ist Hänsel überzeugt. Die Ausgestaltung

innovationspolitischer Instrumente sei ebenfalls von der Mindset-Problematik betroffen. Beispielhaft führt Hänsel die SprinD-Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen an. Die Gründung dieser Agentur stelle einen wichtigen Schritt dar, ihre Umsetzung erweise sich jedoch als nicht mutig genug. Insbesondere das geringe Budget und die fehlende Attraktivität für qualifiziertes Personal seien problematisch. „Wir haben in Deutschland längst kein Erkenntnisproblem mehr, sondern ein Umsetzungs- und ein Mutproblem“, fasst Hänsel seine Einschätzung zusammen. Dies trage dazu bei, dass Deutschland bei vielen Zukunftsthemen und selbst dort, wo wir zu den Spitzenreitern gehören müssten, zunehmend den Anschluss an die Weltspitze verliere.

In der Diskussion hebt Hänsel hervor, dass ein Kernproblem in der ausufernden Bürokratie bestehe. Die meisten Abläufe seien mit einem hohen Zeitaufwand sowie einer erheblichen Komplexität verbunden. Dies habe zur Folge, dass einige Unternehmen ihre Geschäftspläne bereits in der Gründungsphase aufgrund der erforderlichen Auflagen aufgeben würden oder wichtige Finanzierungsrunden scheiterten, weil ausländische Investoren ihre Projekte infolge des Bürokratieaufwands fallen ließen. „Kurzum: Deutschland ist aus bürokratischer Sicht kein wirtschaftsfreundlicher Standort und dieser Trend verstärkt sich eher noch“, warnt Hänsel.

Beim Thema Fachkräftezuwanderung bestünde die Gefahr, dass hierzulande erneut höhere bürokratische Hürden aufgebaut würden als in anderen Ländern, was sowohl eine bedarfsorientierte Zuwanderung als auch die Behebung des Fachkräftemangels erschwere.

In Deutschland werde der lähmende Status quo zu oft hingenommen, anstatt die zugrundeliegenden Ursachen mutig und zielgerichtet zu bekämpfen, stellt Hänsel zusammenfassend fest.



Maik Außendorf MdB

*Digitalpolitischer Sprecher, Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen*

Auch Maik Außendorf MdB, digitalpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, ist davon überzeugt, dass ein „grundlegender Mindset-Wandel in Deutschland“ nötig sei. Dies gelte in erster Linie für das Gründungsumfeld von Unternehmen. Neben bürokratisch-administrativen Hindernissen seien Hürden bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – vor allem für Frauen durch einen fehlenden Mutterschutz in der Gründungsphase – ein Hemmnis. Andere Länder seien hier bereits deutlich weiter. „Ein solcher Mind-Change lässt sich aber nicht einfach staatlich verordnen“, stellt Außendorf klar.

Der Koalitionsvertrag setze wichtige Akzente, um unternehmerische Rahmenbedingungen zu verbessern: In den Bereichen Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung sei geplant, mehr Agilität und flexiblere Prozesse zwischen Verwaltungsebenen sowie zwischen Verwaltung und Wirtschaft zu befördern. Dieses Ziel sei jedoch nicht leicht zu erreichen, da bestimmte Abläufe in der Verwaltung seit Jahrzehnten praktiziert würden und einer flexibleren Vorgehensweise im Weg stünden.

„Auch der Bürokratieabbau ist ein klares Ziel unserer Regierung“, hebt Außendorf hervor und führt als Beispiel das „Once-Only-Prinzip“ an, wonach ein Dokument nur noch einmalig an eine staatliche Behörde übermittelt werden müsse. Voraussetzung sei jedoch eine Modernisierung der hierzu benötigten Register sowie die Einführung einer E-Identität, weshalb Zweifel bestünden, ob der Ansatz zeitnah verwirklicht werden könne. Ein weiterer Baustein liege in Maßnahmen zur Behebung des Fachkräftemangels. Dazu arbeite die Bundesregierung an einem Entwurf für ein Einwanderungsgesetz. Das Hauptziel des Gesetzes bestehe darin, Einwanderung nicht nur für den akademischen

Bereich, sondern auch im Hinblick auf Fachkräfte bedarfsgerecht zu erleichtern.

Der Kritik an einer unzureichenden Handlungsbereitschaft der Bundesregierung entgegnet Außendorf, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz innerhalb kurzer Zeit eine Vielzahl an Verordnungen und Gesetzen – beispielsweise zum Ausbau der LNG-Terminals – vorangetrieben habe. Die Ressourcen der Ministerien seien aber begrenzt, sodass sich das aktuelle Tempo nicht dauerhaft durchhalten ließe und nicht alle Probleme gleichzeitig angegangen werden könnten. Darüber hinaus verteidigt Außendorf die konzeptionelle Ausgestaltung der SprinD-Agentur und verweist darauf, dass die Bundesregierung weitere Programme und Mittel bereitstelle, die zur Förderung der Innovationsfähigkeit dienten. Dazu zähle die DATI (Deutsche Agentur für Transfer und Innovation), die im Gegensatz zu SprinD an breiter Basis operiere und Gründungen aus dem universitären Bereich fördere. Zudem helfe der Zukunftsfonds den Unternehmen, während der Scale-Up-Phase der fehlenden Risikobereitschaft bei der Finanzierung entgegenzuwirken. Dadurch solle verhindert werden, dass Unternehmen, die hierzulande vom staatlichen Bildungs- und Fördersystem profitiert hätten, nach Erlangung der Marktreife in Länder mit attraktiveren Finanzierungsbedingungen abwandern.

Mit Blick auf die nur schleppend verlaufende digitale Transformation in Deutschland stellt Außendorf fest, dass die Digitalisierung in der Vergangenheit oft mit Arbeitsplatzverlusten in Verbindung gebracht worden sei. In Wahrheit brächten digitale Innovationen mehr Chancen als Risiken hervor, da immer wieder neue Freiräume entstünden, die für fortschrittliche Entwicklungen und Geschäftsmodelle nutzbar gemacht werden könnten. Abschließend zeigt sich Außendorf überzeugt, dass digitale Innovationen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur entscheidende Faktoren darstellten, um die Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit zu transformieren.

Nadine Schön MdB

Stellvertretende Vorsitzende
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Während der Regierungsbildung im vergangenen Jahr hätten viele Menschen in unserem Land die Hoffnung gehabt, dass die neue Regierung für Fortschritt und Aufbruch Sorge. „Aber leider ist die Enttäuschung nach einem Jahr groß“, urteilt Nadine Schön MdB, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Vorgängerregierung habe bei der Ausgestaltung der Corona-Pakete darauf geachtet, dass darin Elemente zur langfristigen Stärkung Deutschlands enthalten seien. Darunter fielen beispielsweise der Zukunftsfonds oder das Programm zur Förderung der Quantentechnologie. In den aktuellen Maßnahmenpaketen der Bundesregierung sei dieser Ansatz leider nicht wiederzufinden.

Dennoch mahnt Schön eine selbstkritische Perspektive an und stellt fest, „dass wir in der Vergangenheit in vielen Bereichen leider nicht wie erhofft vorangekommen sind.“ Ursächlich hierfür sei nicht, dass der Staat zu wenig investiert habe. Stattdessen hätten bürokratische Strukturen dazu geführt, dass Entwicklungen nicht frühzeitig erkannt oder notwendige Anpassungen ausgebremst wurden. Ein zentraler Fehler der Vergangenheit bestehe darin, dass in Staat und Verwaltung zu wenig strukturell reformiert worden sei, daher seien Fortschritte häufig nur punktuell erreicht worden. So konnten gute Ansätze, wie etwa die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, nicht schnell genug im Alltag von Unternehmen und Bürgern ankommen. Leider sei es bei einigen Themen nicht ausreichend gelungen, die Kräfte aus Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zielgerichtet zu bündeln. Dazu zähle beispielsweise auch die Ausgestaltung der SpinD-Agentur, die trotz eines guten Ansatzes sehr bürokratisch umgesetzt worden sei. Die neue Bundesregierung habe innerhalb des letzten Jahres allerdings keine nennenswerten Fortschritte dabei erzielt, SpinD attraktiver zu gestalten.

„Die aktuelle Krise kann trotz aller Herausforderungen auch ein Anfang und eine Chance sein, um notwendige Schritte einzuleiten“, hebt Schön hervor und zieht einen historischen Vergleich: Nach Ende des 30-jährigen Krieges habe Preußen den Anschluss an die Weltspitze, damals im Bereich der Industrialisierung, verloren. Die anschließend eingeleiteten Reformen hätten den Staat umfassend modernisiert und die Grundlage für eine erfolgreiche Industrialisierung Deutschlands gelegt. Nach Schöns Auffassung wäre heute ein vergleichbarer Reformprozess erforderlich. Jedoch müsse zur Kenntnis genommen werden, dass dazu im Augenblick noch der politische Wille fehle. Dies sei vor allem darauf zurückzuführen, dass es Deutschland in den letzten Jahren überdurchschnittlich gut gegangen sei und gleichzeitig unzählige Krisen das tagespolitische Geschäft dominierten. Dadurch sei der Blick auf strukturelle Probleme verdeckt worden. Ein möglicher Lösungsansatz bestünde darin, an zentraler Stelle systematisch bürokratische Hindernisse zu erfassen und mögliche Reformoptionen zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang verweist Schön auf die Initiative



„Neustaat“, die Reformvorschläge zur Modernisierung und Flexibilisierung staatlicher Strukturen vorgelegt habe. Die Reformvorschläge zielten insbesondere darauf ab, bürokratische Probleme zu beseitigen und Hemmnisse der Digitalisierung zu überwinden. Mithilfe dieser Vorschläge ließe sich beispielsweise eine spürbare Verbesserung des Umfelds für Unternehmensgründungen und Start-ups herbeiführen.

Auch im Bereich der Datenökonomie verortet Schön weiteren Handlungsbedarf. So sei in Deutschland eine viel höhere Vernetzung, Nutzung und Teilung von Daten erforderlich. „Hierzu hat die Regierung zwar relativ viel in ihrem Koalitionsvertrag stehen. Jedoch muss dies schleunigst umgesetzt werden“, fordert Schön. Darüber hinaus sollten von der Bundesregierung konkrete Vorschläge unterbreitet werden, wie dem fortschreitenden Fachkräftemangel mithilfe einer bedarfsorientierten Zuwanderung und Ausbildung entgegengewirkt werden könnte.

Abschließend zeigt sich Schön skeptisch, ob die von der Regierung in Aussicht gestellten Maßnahmen angesichts der enormen Herausforderungen ausreichen und der versprochene Aufbruch Wirklichkeit werde. Sie würde sich wünschen, dass betroffene Akteure zukünftig stärker im Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden, um Probleme mit bürokratischen Vorgaben präventiv vermeiden zu können. Dies erfordere zudem einen selbstkritischeren Blick der politisch Verantwortlichen auf den Ablauf der hiesigen Gesetzgebungsprozesse.



Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text:
Jörg König
koenig@stiftung-marktwirtschaft.de
Tim Meyer
meyer@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Hans-Joachim Rickel